

**Beschluss des DGB-LJA Hamburg am 17.10.2002**  
zur Weiterleitung an den DGB-BeJA Nord und den DGB-Vorstand  
Hamburg, zur Kenntnisnahme den Jugendsekretären der  
Einzelgewerkschaften im DGB Hamburg



## „Ausbildungszeitwertpapier“ bei Hartz

Sachverhalt:

Die Bundesregierung wiederholt sich immer wieder mit der Ankündigung, dass Hartz- Papier vollständig und konsequent umzusetzen. Dabei wird immer wieder hervorgehoben, dass eine Umsetzung nur in der Gesamtheit möglich sei. Teilkritiken seien nicht haltbar. Der DGB und die Einzelgewerkschaften lehnen bislang „intern“, d.h. ohne öffentliche Kritik, einige Teile des Hartz- Konzeptes ab. Darunter fällt z.B. auch das Ausbildungszeitwertpapier. Angesichts der Politik des DGB gegenüber der Bundesregierung ist eine solche „interne“ Kritik nicht besonders glaubwürdig. Deshalb ist es notwendig, sie mit offiziellen Beschlüssen zu fundieren und öffentlich offensiv zu vertreten.

Das Ausbildungszeitwertpapier ist die Wunderwaffe der Hartz- Kommission gegen die Jugendarbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen. Um neue Ausbildungsplätze („nachweislich neue oder zusätzliche“) zu finanzieren, soll jeder arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre, der keine Berufsausbildung hat, ein Ausbildungszeitwertpapier bei einer noch zu schaffenden regionalen Stiftung kaufen können. Mit diesem Papier kann er seine Ausbildung direkt beim Betrieb bezahlen. Stiftungen sollen das Papier dann ausgeben und die Finanzierung sicherstellen. Finanziert werden sollen die Stiftungen aus vier Quellen:

1. Ein Rabattkartensystem
2. einer privat finanzierten Ausbildung, die in beliebiger Höhe von Verwandten es Jugendlichen angespart werden kann
3. freiwilligen Spenden
4. Zuschüssen der Arbeitsverwaltung.

Die Jugendlichen können diese Papiere dann bei Betrieben einlösen, die zusätzliche Ausbildungsplätze dadurch finanzieren. Eine Finanzierung bestehender Ausbildungsplätze soll durch Regelungen verhindert werden.

Die DGB-Jugend Hamburg hat noch vor Erscheinen des Kommissionsberichtes im August 2002 dieses Modell mit einer Presseerklärung öffentlich abgelehnt.

Beschluss:

Die DGB-Jugend Hamburg lehnt den Vorschlag der Hartz- Kommission zur Einführung eines Ausbildungszeitwertpapiers entschieden ab. Die DGB-Jugend Hamburg fordert den DGB-Vorstand Hamburg auf sich ebenfalls gegen ein solches Papier auszusprechen und an der eventuellen regionalen Umsetzung (Gründung einer Stiftung, Bereitstellung von Mitteln der Arbeitsverwaltung, etc.) nicht mitzuwirken. Die DGB-Jugend Hamburg fordert den DGB-Bundesvorstand auf bei seiner ablehnenden Haltung zu bleiben und diese deutlicher als bisher öffentlich zu kommunizieren.

Ausbildung ist nach bisherigen Verständnis, Gesetzgebung und Rechtsprechung (Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1980) Aufgabe der Unternehmen und Behörden. Sie sind hier verstärkt in die Verantwortung zu nehmen, denn sie profitieren später auch von der Ausbildung. Eine Verlagerung der Ausbildungskosten auf den einzelnen Jugendlichen oder seine Familie darf es nicht geben. Die Finanzierung durch Verwandte oder den Auszubildenden stellt einen Rückfall in das „Lehrgeldsystem“ des Mittelalters dar und ist abzulehnen.

Die DGB-Jugend Hamburg befürchtet weiterhin, dass die Ausbildungszeitwertpapiere auf Dauer dazu führen, dass Jugendliche ohne diesen „Bonus“ Nachteile auf dem Ausbildungsmarkt haben werden und es schließlich komplett zur öffentlichen Finanzierung der dualen Ausbildung kommt.